



**Solidarität hilft siegen!**

# ROTE HILFE

3.Jg.Nr.10

Dezember 1975

50 Pfennig

GEMEINSAMER AUFRUF DER ROTEN HILFE UND DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

## Freiheit für alle politischen Gefangenen

### Unterstützt die Weihnachtshilfe

Arbeiter, Werktätige!  
Wir greifen in diesem Jahr eine alte Tradition der Arbeiterbewegung auf, die WEIHNACHTSHILFE für die politischen Gefangenen in unserem Land und in der ganzen Welt.  
Die Imperialisten versuchen die Kämpfer gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch Gefängnismauern von ihren Klassenbrüdern zu isolieren, mit Folter und Terror müde zu machen. Wir rufen gegen dieses Unrecht auf, solidarisiert euch mit den gefangenen Freiheitskämpfern, durchbrecht die Mauern der Gefängnisse mit eurer Solidarität, übt Klassensolidarität!

Schreibt den Gefangenen zu Weihnachten, spendet für die Hafthilfe und Weihnachtspakete. Fordert ihre Freilassung. Unterstützt mit uns ihren Kampf für Weihnachtsurlaub!

Gerade Weihnachten nutzen die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte,

der USA- und der sowjetische Sozialimperialismus, mit ihren Reden von Frieden die Völker einzuschläfern, sie geben sich wohlütig. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Ihre Sprache ist der imperialistische Krieg, Terror gegen jedes Volk, gegen jeden, der sich zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung erhebt.

**SOLIDARITÄT MIT DEN POLITISCHEN GEFANGENEN IN WESTDEUTSCHLAND UND IN WESTBERLIN!**  
Über 100 politische Gefangene gibt es in den Gefängnissen der westdeutschen Imperialisten. Die Bourgeoisie versucht sie zu Kriminellen abzustempeln. Ihre besten Helfer sind die Verräter der DKP/SEW, die behaupten, die Revolutionäre und die politischen Gefangenen würden durch ihre Aktionen die konterrevolutionäre Gewalt hervorrufen. Damit wollen sie die Unterdrückten abhalten gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen. In Wirklichkeit aber sind die politischen Gefangenen eingesperrt wegen

Fortsetzung S. 4

## 13.12. Demonstrationen Freiheit der revolutionären Presse!



## DIE ARBEITERKLASSE BRAUCHT IHRE PRESSE

TROTZ DER §§ 126, 130: DER MARXISMUS - LENINISMUS LÄSST SICH NICHT VERBIETEN!

Ein knappes Jahr vor den Bundestagswahlen schicken sich die Regierungsparteien und ihre "Opposition" an, erneut einschneidende Gesetzesänderungen zur weiteren Beseitigung demokratischer Rechte des Volkes zu verabschieden - in der trügerischen Hoffnung, einen Wahlkampf mit großen Versprechungen vom Aufschwung aus der Krise zu führen und die Lüge von Sicherheit, Frieden und Entspannung zu verbreiten. Wer wirklich für den Frieden eintritt, wer die Wahrheit über die Ursachen von Ausbeutung, Krise und Krieg vertritt und den Ausweg aus diesem System propagiert, soll mundtot gemacht werden.  
Mit der Änderung der §§ 126 und 130 des Strafgesetzbuches soll es verboten werden, zum Klassenkampf aufzurufen, verboten werden zu sagen, daß ohne die Gewalt der Volksmassen weder den beiden größten Kriegstreibern UdSSR und USA begegnet noch die Monopolbourgeoisie in unserem Land gestürzt werden kann. Wer den Agenten des russischen Sozialimperialismus, der DKP/SEW ihre pazifistische Maske vom Gesicht reißen will, wird mit Gefängnis bedroht sein. Der Marxismus-Leninismus wird unter Strafe gestellt.

Das neue Gesetz sieht vor: "mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren" soll belegt werden, wer "eine Schrift, die die Befürwortung der in § 126 genannten rechtswidrigen Taten enthält 1. verbreitet, 2. öffentlich ausstellt, vorführt oder sonst zugänglich macht, oder 3. herstellt, bezieht, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist..."

Jedermann weiß, ohne die Gewalt der Volksmassen kann das System des Imperialismus nicht beseitigt werden. Das wissen die Beherrschten wie die Beherrscher. Deshalb soll schon der Gedanke an den Sturz des Kapitalismus aus den Köpfen ausgelöscht werden. Getroffen soll in erster Linie die revolutionäre Presse, Literatur und Kunst werden, um auf diesem Wege die Organisationen und die Kommunistische Partei auszuschalten.  
Die geplante Gesetzesänderung zeigt aber nur die Ohnmacht der SPD/FDP-Regierung: Nachdem in den vergangenen Jahren schon unzählige Prozesse gegen kommunistische und andere revolutionäre Redakteure mit 100 000 en Mark Geldstrafen endeten ohne sichtbaren Erfolg, nachdem die Klassenrich-

Fortsetzung S. 2

### Inhalt

Prozeß gegen Öllerer	S. 2
Für die Einheit der Roten Hilfe	3
Angriff auch Rechtsanwältin E. Fischer	3
Freiheit für Spanien	4
Horst Mahler: zum Strafvollzugsgesetz	5
Korrespondenz aus dem Gefängnis Tegel	5
Die Polizei - Feind des Volkes	6
München-Laim:	
Erste Erfolge im Kampf Berlin-Neukölln: Schlächtertrupp im Arbeitsamt	6
Stammheim-Prozeß: Entrechtung der Angeklagten	7
Hrochto-Prozeß: Ungeschminktes Klassenrecht	8



# Proletarische Solidarität oder kleinbürgerlicher Moralismus

"Ungeteilte Solidarität", ein richtiges Prinzip, aber kann das für uns heißen sich mit der ein oder anderen kleinbürgerlichen Strömung zu verbrüderlich, kann das heißen sich nicht mehr die Frage zu stellen, wie stärken wir die revolutionären Kräfte auf dem Weg zur sozialistischen Revolution? Die Rote Hilfe Deutschlands geht von der irrigen Annahme aus, das dies möglich sei. Denn sie versteht unter Solidarität nicht Klassensolidarität, sondern ungeachtet der "politischen Gesinnung" jeden bedingungslos zu unterstützen, der sich gegen die Bourgeoisie auflehnt. Dabei darf man sich nicht die Frage stellen, welches Ziel verfolgen sie mit ihrem Kampf, dabei darf man sich nicht mehr die Frage stellen, mit welcher politischen Linie führen sie den Kampf gegen die Bourgeoisie. Wie anders ist sonst die Politik der Roten Hilfe Deutschlands gegenüber der "Roten Armee Fraktion" (RAF) zu verstehen, wie anders ist sonst die scheinbare "Kritik und Selbstkritik" zu ihrer Politik gegenüber Horst Mahler in ihrer Zeitung vom November 75 zu verstehen.

Dort heißt es: "Der wichtigste Grund für die Terrorurteile bei allen aber ist stets gewesen, daß sie sich in den Prozessen mutig und offen zur revolutionären Gewalt gegen den kapitalistischen Staat bekannt haben. In der Zeitung der RH e. V., Nr 8/75, wird dies allerdings verschwiegen. ... Unserer Meinung nach rückt hier sowohl Horst Mahler als auch die RH e. V. ab von dem, was er in seinem Prozess offensiv verteidigte, daß nämlich gegen die Ausbeuter nur die gewaltsame Revolution hilft. Damit rückt Horst Mahler und die RH e. V. auch von der Solidarität mit den übrigen RAF Genossen ab. ... Die Solidarität wird geteilt, die Kampagne hat dadurch eine spalterische Tendenz. Dies ist sehr schädlich und wir fordern die Genossen der RH e. V. und Horst Mahler daher auf, diesen Fehler zu korrigieren. Unserer Meinung nach hat dieser Fehler seine tiefere Ursache in der grundlegenden Haltung der RH e. V. zur revolutionären Gewalt. ... Das zeigte sich praktisch in der Beurteilung der Hinrichtung von Drenkmann. Sie wurde (übrigens auch von Horst Mahler) als "konterrevolutionärer Gewaltakt wildgewordener Kleinbürger" verurteilt, ohne das dies selbstkritisch bis heute zurückgenommen worden ist. Wer so vor dem Druck der Bourgeoisie zurückweicht, kann auch keine Solidarität mit allen politischen Gefangenen üben. Hier hilft nur eine grundlegende Selbstkritik."

Warum müssen wir gerade jetzt in unserem Lande gegenüber den verschiedenen opportunistischen Gruppen so wachsam sein, warum dürfen wir ihnen gegenüber keine Zugeständnisse machen? Lenin sagt im "Linksradikalismus", daß der Anarchismus nicht selten eine Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung sind. Sowie der Opportunismus der II. Internationale hat heute der moderne Revisionismus, die gefährlichste, international organisierte, konterrevolutionäre Strömung in der Arbeiterbewegung, mit seinem Zentrum in der KPdSU Führungsklique, den Opportunisten neuen Auftrieb gegeben.

Warum? Durch den modernen Revisionismus ist die ideologische Verwirrung im Proletariat vertieft worden, ist bei vielen das Vertrauen in den Marxismus-Leninismus erschüttert worden. Angesichts des Ringens der beiden imperialistischen Supermächte, insbesondere des sowjetischen Sozialimperialismus um die Weltherrschaft, haben die Sozialimperialisten ihre Aktivitäten in ihren Agenturen, bei uns in der DKP und SEW verstärkt, machen sie bereits mit verschiedenen opportunistischen Gruppen Bündnisse, versuchen sie diese einzusacken. Der moderne Revisionismus ist geradezu der Nährboden der verschiedensten opportunistischen Erscheinungen. Wir müssen der Roten Hilfe Deutschlands

sagen, dass wer das nicht erkennt früher oder später selbst zum Revisionismus hinüberwandern wird. Die Aufgabe, die sich für alle Revolutionäre, für alle Marxisten-Leninisten in dieser Zeit stellt, ist von besonderer Bedeutung. Es ist unsere Aufgabe, den modernen Revisionismus zu schlagen, wenn wir die sozialistische Revolution durchführen wollen, es ist aber auch unsere Aufgabe die Arbeiterklasse vor allen kleinbürgerlichen Ideologien zu bewahren und ihren Einfluß zu bekämpfen.

Die Genossen der Roten Hilfe Deutschlands irren, wenn sie meinen durch ihre opportunistische Politik den modernen Revisionismus und seinen Einfluss zu bekämpfen. Es ist vollständig richtig, wenn die Genossen der Roten Hilfe Deutschlands sagen, daß der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung der moderne Revisionismus ist. Es ist auch richtig, wenn sie sagen, daß die entscheidende Revision darin liegt, dass sie die Notwendigkeit des gewaltsamen Umsturzes, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates bedarf zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. Stattdessen gehen sie davon aus, daß ein friedliches Nebeneinander zwei sich unversöhnlich gegenüberstehenden Klassen, der Arbeiter- und der Bourgeoisie, möglich sei.

In der Tat, ist das die entscheidende Revision. Kann das aber zur Konsequenz haben, daß die Gewalt an sich, die gegen die Bourgeoisie gerichtet ist, schon revolutionär ist? Nein, Genossen von der Roten Hilfe Deutschlands, ihr führt nicht den konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus, wenn ihr die Gewalt an sich hochhaltet, wenn ihr nicht erkennt, dass die Gewaltfrage eben auch eine Klassenfrage ist. Die von der RAF angewandte Gewalt hat weder subjektiv noch objektiv etwas mit der revolutionären Gewalt der Volksmassen zu tun. Sie hat nicht das Ziel der Herrschaft der Ausbeuterklasse ein Ende zu bereiten. Sondern ihr wesentlicher Inhalt liegt in der individuellen Befreiung, liegt darin, zu leugnen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann unter Führung ihrer Kommunistischen Partei, liegt darin, sich selbst für das revolutionäre Subjekt zu halten, liegt darin, zu glauben, daß ihre Aktionen eine auslösende Wirkung haben, die die Arbeiterklasse zu den Waffen greifen und zum Sturm antreten lässt. Genossen von der Roten Hilfe Deutschlands, eure ungeteilte Solidarität muß in Opportunismus verfallen, wenn ihr nicht gleichzeitig entschieden den kleinbürgerlichen Positionen entgegentretet, denn sie stiften Unruhe und Verwirrung, desorientieren die Arbeiterklasse. Eure Politik ist kein Schlag gegen den modernen Revisionismus, sondern ihr arbeitet ihm geradezu in die Hände, denn jede opportunistische Politik, kann dem modernen Revisionismus nur recht sein, denn sie verlängert die Herrschaft der Bourgeoisie und strebt nicht die Diktatur des Proletariats an. Das Ergebnis dieser Politik kann nur weitere Desorientierung, weitere Verbreitung kleinbürgerlicher Ideologien bedeuten.

Lenin sagt im "Linksradikalismus": "Etwas anderes muß von einem anderen Feind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung gesagt werden. (vorher sprach er über den damaligen Hauptfeind in der Arbeiterbewegung, dem Opportunismus, der 1914 endgültig auf die Seite der Bourgeoisie getreten war und sich direkt gegen das Proletariat wandte) Im Ausland ist es noch allzu wenig bekannt, daß sich der Bolschewismus entwickelt, formiert und gestählt hat im langjährigen Kampf gegen den kleinbürgerlichen Revisionismus, der dem Anarchismus ähnelt und manches von ihm entlehnt und der in allem, aber auch allem Wesentlichen von den Bedingungen und Erfordernissen des konsequenten Klassenkampfes abweicht..."

Mit einer opportunistischen Politik und revolutionären Prinzipien kann der moderne Revisionismus nicht geschlagen werden, kann keine Klassensolidarität geschaffen werden. Genosse Horst Mahler mußte folgerichtig für die RHD als "Konterrevolutionär" betrachtet werden. Genosse Dieter Kunzelmann als "Hascher" und "Kommande" beschimpft werden. Genosse Mahler musste deshalb für die RHD zeitweilig als Konterrevolutionär erscheinen, weil er in seiner Kritik-Selbstkritik, die von der RAF angewandte Gewalt nicht als revolutionär bezeichnet hat, weil er erkannt hat, daß nicht irgendwer, entwurzelte Kleinbürger oder Lumpenproletarier die Arbeiterklasse und das ganze Volk befreien kann, sondern es nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann unter Führung ihrer Kommunistischen Partei, weil er erkannt hat, daß die Gewalt der RAF nicht das kapitalistische System beseitigt, sondern die Herrschaft der Bourgeoisie verlängert, weil er erkannt hat, daß jedes Mittel, jede Form der Gewalt nur dann revolutionär ist, wenn sie im Rahmen der Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei steht.

Heute bezeichnet die RHD Genosse Mahler nicht mehr als Konterrevolutionär, aber daß ihre Kritik Selbstkritik nur scheinbar ist zeigt, wenn sie Horst Mahler und uns

auffordern bezüglich unserer Kritik an der RAF Selbstkritik zu leisten, wenn sie uns Aufforderungen Selbstkritik zu üben, weil der Kampf um die Freilassung von Horst Mahler in der Tendenz spalterisch sei."

Horst Mahler hat eben genau nicht unter Solidarität eine moralische, kleinbürgerliche Verstanden, sondern Klassensolidarität, was für die Rote Hilfe und den Genossen Horst Mahler heißt, entscheiden den Kampf gegen alle Variationen des Opportunismus zu führen, auch gegen die RAF, obwohl sie keinen Einfluss in der Arbeiterklasse hat.

Nicht zuletzt ist es der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS und der ROTEN HILFE durch ihre konsequente Klassensolidarität gegenüber der RAF zuzuschreiben, daß Horst Mahler heute ein Kommunist ist, daß Horst Mahler zu einer revolutionären Kraft geworden ist, die an vorderster Front den Kampf um die Freilassung aller politischen Gefangenen führt, der entschieden den Kampf gegen den modernen Revisionismus aufgenommen hat und allen opportunistischen Strömungen, Gruppen und Gruppen mit ihrer desorientierenden und verwirrenden Politik den Kampf angesagt hat.

## UNVERSCHÄMTER ANGRIFF AUF FORTSCHRITTLICHE RECHTSANWÄLTIN

# Ehrengerichtsverfahren gegen E.Fischer

Berufsverbote, Ehrengerichts- und Strafverfahren gegen fortschrittliche Rechtsanwälte häufen sich. Mit welchen infamen Methoden der reaktionäre Justizapparat sich von fortschrittlichen Vertretern des Juristenstandes zu reinigen versucht, zeigt das neue Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwältin Saska Fischer in Köln.

Rechtsanwältin Fischer soll die "Ihr obliegende Pflicht, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und sich der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen, welche die Stellung des Rechtsanwalts erfordert, schuldhaft verletzt haben", als sie den Kommunisten Sascha Haschemi in München im Januar/Februar 74 vor Gericht verteidigte.

Die Tatsache, daß RA Fischer in diesem Prozeß trotz massiver Einschüchterungsversuche entschlossen für die Rechte Saschas eintrat, auch bei der brutalen Räumung des Zuschauertraums durch die Polizei und ihrer anschließenden erkenntnisdienstlichen Behandlung die offenen Rechtsbrüche anprangerte, ließ die Staatsanwaltschaft nicht ruhen: sie erhob Anklage wegen "ehrenrührigen Verhaltens". In einem ersten Ehrengerichtsverfahren im Januar 75 mußte RA Fischer freigesprochen werden - zu offensichtlich waren die Konstruktionen der Staatsanwaltschaft - nichts als Lügen und Verdrehungen. Einen Tag (!) nach dem Frei-

spruch leitete die Staatsanwaltschaft ein neues Ehrengerichtsverfahren gegen den gleichen Vorgänge ein. Diesmal arbeitet sie mit "Zitaten", die sich nicht im Gerichtsprotokoll wiederfinden lassen, sondern auf den "Erinnerungen" und "persönlichen Aufzeichnungen" der Staatsanwaltschaft beruhen. Staatsanwalt Sascha will sich daran erinnern, daß RA Fischer seinen Antrag, eine Ordnungsstrafe gegen Sascha zu verhängen - Sascha hatte die erkenntnisdienstliche Behandlung der Zuschauer und die Anordnung von Unterbringungsgeheimnis zu recht als faschistisch bezeichnet -, mit den Worten: "So etwas kennen wir aus der Nazi-Zeit" gekennzeichnet haben soll. Außerdem soll sie dem Gericht vorgeworfen haben, "willkürlich" zu prozessieren und die Staatsanwaltschaft bezichtigt haben, "Originalunterlagen unterschlagen zu haben".

Das Vorgehen gegenüber der Anwältin genau das, was sie im Prozeß selbst geäußert haben soll: reine Willkür. Ein Staatsanwalt erinnert sich nach einem Jahr, nachdem er mit seinem ersten Vorstoß gegen sie im Ehrengerichtsverfahren Schiffbruch erlitten hat, plötzlich neuer "ehrenrühriger" Vergehen. Ohne daß sich im Prozeßprotokoll auch nur ein entsprechendes Wort finden läßt, zimmert er aus erfundenen "Zitaten" eine neue Anklage zusammen. Und natürlich wird die neue Anklage erneut zur Hauptverhandlung zugelassen. Kein Mittel ist diesen Herren zu schade, um eine fortschrittliche Verteidigerin für die Zukunft auszuschalten. Es soll ein Verteidiger weniger da sein, der in den Hunderten von Verfahren gegen Antimperialisten, Antifaschisten und Kommunisten für die Rechte der Angeklagten eintritt.

Die ROTE HILFE wird nicht zulassen, daß hinter verschlossenen Türen die reaktionären Ständesvertreter dieses Gangsterstück gegen RA Fischer zu Ende bringen. Schlagen wir gemeinsam die Angriffe auf die fortschrittlichen Anwälte zurück.

Prozeß am 8.12., 930 Uhr, Köln Reichensberger Platz, Sitzungssaal Nr. 37

**DEUTSCHER PASS FÜR SASCHA HASCHEMI ERKÄMPFT!**

Sascha Haschemi wurde in diesem Prozeß wegen Teilnahme am roten Antikriegstag zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt und sollte anschließend, obwohl er in Deutschland aufgewachsen war, nach Persien ausgeliefert werden, wo ihn als Kommunisten Gefängnis, Folter und Tod sicher erwarteten.

Gegen diesen geplanten Schreibtischmord des Münchner Ausländeramts wurde breiter Protest mobilisiert. Selbst bürgerliche Zeitungen wie die Frankfurter Allgemeine konnten nicht umhin, über dieses geplante Verbrechen zu berichten. Jetzt endlich sahen sich diese Bürokraten gezwungen, Sascha den ihm zustehenden Paß auszustellen.

Aber damit nicht genug! Wir fordern: Weg mit dem Gefängnisurteil gegen Sascha Haschemi!

**PROZESS GEGEN ROTE HILFE.**

Am 23.12., 10 Uhr findet vor dem Amtsgericht Köln (Apellhosplatz, Zi. 232) ein weiterer Prozeß gegen den früheren presserechtlich Verantwortlichen der RH statt, gegen den Genossen Roman Pohl. Anklage: "Verächtlichmachung der BRD"! Strafbefehl ging über 1800 DM!

# forts. von S. 1 **Weihnachtshilfe**

ihres Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, Imperialistischen Krieg, für Revolution und Sozialismus. Immer mehr werden hohe Gefängnisstrafen gegen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter verhängt. Immer klarer wird, vor allem ihren Kampf fürchtet die Bourgeoisie, denn sie weisen den einzig richtigen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse.

14 Jahre Gefängnis gegen Horst Mahler, über 16 Jahre insgesamt gegen die Kämpfer des roten Antikriegstag, 6 Jahre gegen den türkischen Streikführer Baha Targün, Terrorprozesse gegen türkische Patrioten in Köln, Gefängnisstrafen wegen revolutionärer Flugblätter sprechen eine deutliche Sprache.

Und nach dem geplanten neuen "Gesetz gegen die Befürwortung von Gewalttaten" solle alle die hinter Gitter, die die gerechte Gewalt der Volksmassen (z. B. bei wilden Streiks, Straßenbahnblockaden etc.) befürworten und besonders diejenigen, die den wissenschaftlichen Sozialismus propagieren und nach seiner Lehre handeln. Es gibt keinen Zweifel, die Bourgeoisie rüstet sich auch bei uns auf kommende größere Klassenschlachten und sie wird, wenn sie ihre Herrschaft nicht mehr anders aufrecht erhalten kann, nicht zögern,

## SCHREIBT

Horst Mahler 1 Berlin 27 Seidelstr. 39  
 Hubert Lehmann 889 Aichbach JVA  
 Bernd Reisser 8602 Ebrach JVA  
 Hand-Georg Schmidt  
 611 Dieburg Altstadt 25  
 Baha Targün 5 Köln Rochusstr. 350  
 Ömer Özerturgut "  
 Mustafa Tutgun "  
 Hatice Yourtas "

eine faschistische Diktatur zu errichten. Schon heute scheut sie nicht vor der physischen Vernichtung politischer Gefangener zurück.

Unsere Weihnachtshilfe gilt allen politischen Gefangenen, wir fragen nicht nach der Gesinnung der einzelnen Gefangenen, entscheidend ist: sie sitzen in Haft, weil sie Feinde der Bourgeoisie sind.

## SOLIDARITÄT MIT DEN POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER DDR!

Genauso entschlossen müssen wir den Kampf unserer verfolgten Klassenbrüder in der DDR unterstützen. Seitdem Verräter dort den Sozialismus gewaltsam zerstört haben, leben die Werktätigen unter einer sozialfaschistischen Diktatur. Die Oberherren sitzen im Kreaml. Wer dort den Mund aufmacht gegen Ausbeutung und Unterdrückung, der wandert in die Gefängnisse, oft jahrelang und niemand erfährt etwas. Unterstützen wir den schweren Kampf unserer Klassenbrüder. Sie kämpfen wie wir dafür, daß ganz Deutschland eines Tages sozialistisch wird.



## HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Unsere Solidarität ist international. Wir stehen fest an der Seite des sozialistischen Chinas und Albanens. Unsere Solidarität gilt allen Völkern, die um ihre Freiheit kämpfen gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Faschismus und Reaktion. Dieses Jahr gilt sie besonders den politischen Gefangenen in Spanien. Die herrschende Klasse trauerte um den Mörder Franco, sie setzten ihre Fahnen auf Halbmast. Freiheit aber wird es für Spanien nur geben durch den revolutionären Sturz des Faschismus. Helft ihnen! Die über 5.000 politischen Gefangenen warten auf unsere Solidarität.

## SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!

UNTERSTÜTZT DIE WEIHNACHTSHILFE FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN



**SPENDET**  
 FÜR DIE WEIHNACHTSHILFE  
 Kto.-Nr. 001 096 214 Stadtspar-  
 kasse Dortmund (Rote Hilfe)  
 Kto: 122 001 792 Stadtsparkasse  
 Gelsenkirchen (Held/RIID)

## Freiheit für Spanien!

NACH FRANCOS TOD -  
 AMNESTIE FÜR TASCHENDIEBE

Die Marionette der spanischen Faschisten, Juan Carlos, hat eine Amnestie erlassen, die von einem Madrider Rechtsanwalt als ein Gnadenakt für Verkehrssünder und Taschendiebe treffend gekennzeichnet worden ist.

Ausgeschlossen von der Amnestie bleiben faktisch alle politischen Gefangenen, insbesondere alle diejenigen, die aufgrund des am 22. August verhängten "Dekret gegen Terrorismus" verhaftet wurden.

Seit der Gültigkeit dieses Dekrets wurden allein im Verlauf der Monate September und Oktober 5.000 Menschen verhaftet; 14 Menschen von der Polizei erschossen bzw. meuchlings ermordet; 20 Verhaftete wurden schwer verletzt, 2 davon aus Fenstern von Polizeiwachen geworfen.

Hinzu kommt das Wüten faschistischer Banden, besonders der "Christ-Königs-Krieger" gegen fortschrittliche Anwälte, Journalisten, Ärzte und andere Antifaschisten. 1 Mord, mehrere Bombenanschläge auf Autos und Büros, Einrichtung von Folterkellern und Verschleppungen dorthin, Angriffe auf Einrichtungen anderer Länder, die gegen die Todesurteile protestiert hatten, gehen auf das Konto dieser faschistischen Gangster.

Circa 30.000 antifaschistische Arbeiter, die an Demonstrationen gegen die Todesurteile oder aber für bessere Bezahlung teilgenommen hatten, wurden aus den Betrieben entlassen.

Dies ist die Wirklichkeit, vor deren Hintergrund das spanische Volk die verkündete Amnestie als Hohn auf ihre berechtigten Forderungen versteht.

Die Rote Hilfe ruft zur Weihnachtshilfe für die politischen Gefangenen in Spanien und ihre in Not geratenen Familien auf. Denn die Verhaftung eines antifaschistischen Kämpfers bedeutet für seine Familie und nächsten Angehörigen den sofortigen Verlust des Arbeitsplatzes und keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung. Die Frau oder die Kinder müssen arbeiten gehen, falls sie Arbeit bekommen. Diese Familien werden speziell überwacht, um zu verhindern, daß ihnen Hilfe geleistet wird. Dennoch ist die Solidarität groß und die

Nachbarn und Freunde der Familien finden immer neue Wege und Möglichkeiten, den Kindern etwas zu essen zu geben und für das Allernötigste zu sorgen. Die Gefangenen sind meistens über 1.000 Kilometer entfernt eingekerkert. Dies nicht zufällig, sondern die Faschisten wollen so verhindern, daß der Kontakt zur Familie bestehen bleibt, weil kein Geld da ist, die teure Reise zu bezahlen.

Die Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen hat sich die Rote Hilfe Spaniens, die FUS, als Aufgabe gesetzt. Sie in ihrem Kampf brüderlich zur Seite zu stehen, ist unsere Pflicht. Die FUS ist Teil des organisierten antifaschistischen Widerstand, der in der FRAP, der antifaschistischen Einheitsfrontorganisation, zusammengeschlossen ist.

Die FUS kämpft für folgende Ziele: Juristische Hilfe bei Verhaftungen; Unterstützung der politischen Gefangenen und deren Angehörigen mit Lebensmitteln, Geld und Medikamenten; Durchführung von Protestmaßnahmen, z. B. Delegationen, Protestmärsche der Familienangehörigen; Verbreitung der Schrecken des Strafvollzugs.



JOSE LUIS DIAZ FERNANDEZ

Jose Luis Diaz Fernandez, 28 Jahre alt, Arzt, verheiratet, ein Kind, aus Madrid.

Er wurde wegen Mitgliedschaft in der FRAP und der PCE/ML zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt.

Um Aussagen von ihm zu erpressen, verhafteten sie auch seine schwangere Frau.

Sie wurde ihm einmal vorgeführt und es wurde gedroht, daß sie das Kind im Mutter-

leib zerschlagen würden vor seinen Augen, wenn er nicht alles gestehen würde.

JORGE DIZ GOMEZ

Die Brüder Diz Gomez, Arbeiter aus Madrid, wurden am 1. Mai 1973 verhaftet, nachdem sie an der großen 1. Mai Demonstration teilgenommen hatten. Beide wurden nach der Verhaftung schwer gefoltert und zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Sie sitzen in dem berüchtigten Zentralgefängnis Carabanchel vor Madrid. Auch die Familien wurden nach dem 1. Mai verfolgt: Vater und Mutter wurden genauso wie die Frau einer der Brüder verhaftet und verurteilt. Nun müssen die Großeltern für die Kinder sorgen.

JESUS DIZ GOMEZ

## Hamburg: Erste Erfolge in der Weihnachtshilfe

An zwei aufeinanderfolgenden Samstagen im November baute die Rote Hilfe Ortsgruppe in der Fußgängerzone der Hamburger Innenstadt einen Stand auf. Einen Tapetentisch mit einem Transparent: Freiheit für alle Politischen Gefangenen! Weihnachtshilfe der Rote Hilfe! Auf dem Tisch waren Rote Hilfe Zeitungen, Solidaritätspostkarten an Horst Mahler, verschiedene Broschüren zum Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz, gegen Berufsverbote, politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse, zur internationalen Solidarität; Publikationen aus der VR China und die Broschüre der KPD zur Einheit der Marxisten-Leninisten. Dazu Stelltafeln, Flugblätter und Sammel-

dosen. Viele Menschen waren sofort bereit zu spenden. Einige kamen noch einmal zurück, nachdem sie die ersten Zellen des Flugblatts gelesen hatten und taten Geld in die Sammeldosen.

Die häufigste Frage, die uns gestellt wurde war: "Tut ihr denn auch was für die politischen Gefangenen in der DDR?"

Nachdem wir deutlich gemacht hatten, daß wir in unserem Flugblatt und auf den Stelltafeln die Freiheit der politischen Gefangenen in der DDR fordern und für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland kämpfen, erzählten uns viele Menschen von ihren Erfahrungen mit der DDR. Aus den meisten Gesprächen ging klar hervor, welchen Haß die Werktätigen auf den Sozialfaschismus in der DDR haben und daß sie genau wissen, daß es da wie 'unter Adolf' ist. Vielen Menschen war jedoch nicht klar, wieso in der DDR und in der Sowjetunion kein Sozialismus herrscht. Sie meinten, so sei der Sozialismus. Sie geben uns Recht, wenn wir sagen, ein Staat, in dem die Arbeiter und Werktätigen unterdrückt werden, kann kein sozialistischer Staat sein. Sie sympathisieren mit der VR China, aber viele können sich noch nicht vorstellen, was wir wollen, wie wir uns von der DKP unterscheiden.

Unsere Erfahrungen waren: überall den Kampf gegen den modernen Revisionismus verstärken.

Am ersten Samstag hatten wir das gute Sammelergebnis von 81 DM. Wir verkauften 7 Rote Hilfe Zeitungen, einige Rote Hilfe Broschüren und 2 Broschüren zur Einheit der Marxisten-Leninisten. - Das zeigt, daß viele Menschen die Notwendigkeit der Solidarität mit den politischen Gefangenen sehen und die Rote Hilfe unterstützen wollen.

Seit über einem Jahrzehnt wird in der Öffentlichkeit viel über die Strafvollzugsreform geredet. In der bürgerlichen Presse und in amtlichen Druckwerken wurde das Vorhaben als ein "Jahrhundertwerk" gepriesen. Seit einigen Wochen kann jetzt das magere Ergebnis besichtigt werden. In der ersten Novemberhälfte verabschiedete der Bundestag das erste Strafvollzugsgesetz der deutschen/westdeutschen Geschichte. Was es bringt, ist mit herausfordernder Offenheit in § 4 des Gesetzes in einer Generalklausel ausgedrückt:

"Der Gefangene unterliegt in diesem Gesetz vorgesehenen Beschränkungen seiner Freiheit. Soweit das Gesetz eine besondere Regelung nicht enthält, dürfen ihm nur Beschränkungen auferlegt werden, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder zur Abwendung einer schwerwiegenden Störung der Ordnung der Anstalt unerlässlich ist."

Dieser Freibrief wird den Tatendrang unserer Zuchthausdirektoren ins Unermeßliche steigern. Was sich mit "Sicherheit und Ordnung" alles begründen läßt, ist unter Gefangenen eine nie verstehende Quelle ungläubigen Staunens. Nach einigen Monaten Haft wird einem Betroffenen kaum noch etwas einfallen, was sich nicht mit dieser Kautschukbestimmung begründen ließe.

Alles, was in der "Reform"diskussion der vergangenen Jahre die Phantasie beflügelte und dem schlimmen Märchen vom "Hotelvollzug" und vom "fidelen Knast" Vorschub leistete: der offene Vollzug, die Lockerung des Vollzuges, der Urlaub aus der Haft, Ausgang, Freigang usw. - das alles bleibt Schaufensterdekoration, Attrappe. Der Verurteilte hat keinen Rechtsanspruch darauf. Alles ist in das Belieben der Vollzugsmaschine gestellt. Was die aus dieser Machtfülle machen, wird den Gefangenen des Tegeler Gefängnisses vorgeführt: Waffen zur Spaltung der Gefangenen, zur Bestechung und Einschüchterung. Das "Behandlungsziel" ist die Friedhofsruhe aus dem "Reformhaus".

Die Besuchszeit "beträgt mindestens eine Stunde im Monat" - wo das Gesetz mindestens sagt, versteht jeder Anstaltsleiter "höchstens". Es bleibt also alles beim Alten.

Der Gefangene hat ein "Recht auf Besuch"; - aber der Anstaltsleiter "kann Besuche untersagen, 1. wenn die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet würde, 2. bei Besuchern, die nicht Angehörige des Gefangenen im Sinne des Strafvollzugsgesetzes sind, wenn zu befürchten ist, daß sie einen schädlichen Einfluß auf den Gefangenen haben oder seine Eingliederung behindern würden." Ob er "Befürchtungen" zu haben hat, entscheidet der Anstaltsleiter.

"Der Gefangene hat das Recht, unbeschränkt Schreiben abzusenden und zu empfangen"; - aber .... und es folgt die gleiche Einschränkung wie bei den Besuchen. Bei politischen Gefangenen hat natürlich der Kontakt mit Genossen einen "schädlichen Einfluß", außerdem gefährdet er die Sicherheit und Ordnung der Anstalt. Mit einem kecken Satz wird das bertiichtigte "Tütenkleben" aus dem deutschen Strafvollzug verbannt: "Die Vollzugsbehörde soll dem Gefangenen wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuweisen und dabei seine Fähigkeiten,

sagen und im bösen Willen seinen Grund hat, dann läßt sich die Strafe auch nicht mehr mit dem Rache- und Sühnedanken rechtfertigen. So hat der kapitalistische Strafvollzug sein ideologisches Fundament eingebüßt. Und wo sich die Nebelschwaden der pfäfflichen Moral verziehen, wird für die Massen sichtbar, daß der kapitalistische Gefängnisterror nicht nur den "Straftätern", sondern dem Volk insgesamt gilt, das eingeschüchtert und gefügig gemacht werden soll, damit es das kapitalistische Joch noch länger trägt. Deshalb lassen es die Werktätigen nicht mehr zu, daß Menschen zum Zwecke der Abschreckung und Einschüchterung des Volkes seelisch und körperlich zugrunde gerichtet und ihrer lebensnotwendigen sozialen Beziehungen beraubt werden.

Das Gerede um die Vollzugsreform soll die Werktätigen abermals täuschen und vom Kampf gegen das kapitalistische Gefängnis-system abhalten. Aber mit dem Gaukelspiel gerät die Bourgeoisie in ein Dilemma, aus

Obwohl Tegel schon seit Jahren überbelegt ist, werden jetzt weitere 350 Verurteilte in die "Gefangenenilos"(Senatsausdruck) gepfercht. Teilweise sind sie mit ihren Schlafstellen in den Fluren untergebracht. Einmännchen, die ohnehin nicht die vorgeschriebene Mindestgröße haben, werden mit je zwei Gefangenen belegt, was nach den geltenden Bestimmungen unzulässig ist. Tagesaufenthaltsräume werden mit zehn bis zwanzig Gefangenen belegt. Die Vollzugsbürokratie überlegt, ob nicht auch Anstalts-



betriebe mit dringend benötigten Arbeits- und Ausbildungsplätzen "dicht" gemacht

## ein Täuschungsmanöver der Bourgeoisie

Fertigkeiten und Neigungen berücksichtigen."

Aber so ist das nun auch wieder nicht gemeint; denn: "Kann einem arbeitsfähigen Gefangenen keine wirtschaftlich ergiebige Arbeit zugewiesen werden, wird ihm eine angemessene Beschäftigung zugeteilt." - Und von alters her gilt im deutschen Strafvollzug das Tütenkleben als eine "angemessene" Beschäftigung. Wozu dann also das Gerede von "Vollzugsreform"? Es ist die ideologische Krücke für das kapitalistische Gefängnis-system. Trotz "Bildzeitung", "Quick" und "Revue", XYZ-Zimmermann, Löwenthal und Dregger erkennen die Werktätigen immer besser, daß nicht moralisches Versagen und böser Wille der Menschen die Ursachen der steigenden Kriminalität sind, sondern die Konkurrenz, die die Menschen einander verfeindet, die Erniedrigung der Menschen zu Arbeitstieren, die Sinnlosigkeit eines ausgebeuteten Lebens und die Unterdrückung in den Fabriken der Ausbeuter. Wenn aber das Verbrechen nicht in moralischem Ver-

dem es keinen Ausweg gibt: einerseits muß sie, um die Massen zu erschrecken, ihnen die "Hölle auf Erden" vorführen, die Gefängnisstrafe mit allem drum und dran muß als Terror wirken. Ihr Wesen ist mit "Humanität" unvereinbar. Andererseits lassen sich die Massen nicht länger "die Hölle heiß machen". Deshalb wirft die Bourgeoisie mit dem Strafvollzugsgesetz Nebelkerzen unter sie; doch die Lunte ist feucht. Die Tatsachen sprechen lauter als die Preisredner der Bourgeoisie. Der Westberliner Justizsenator Oxfort (FDP) hat den Gefangenen in der Strafanstalt Tegel dieser Tage vorgeführt, wie er die Vollzugsreform versteht. Er läßt "wieder einen schärferen Wind" wehen. "Belegungsdruck, Geld- und Personalmangel sind die hauptsächlichsten Gründe" dafür, daß die von den Gefangenen in den vergangenen Jahren erkämpften spärlichen Bewegungsmöglichkeiten mit beispielloser Brutalität liquidiert werden. In der kaputtten Sprache der Büttel heißt das: "Wiedereinführung der üblichen Vollzugslinien".

wenden müssen, um die Werkstatt Räume in Schlafsäle zu verwandeln.

Dieser Angriff der Justizmafia stößt jedoch auf den entschlossenen Widerstand der Gefangenen. Über 100 Gefangene führten vom 17. bis 19. November einen auf drei Tage befristeten Hungerstreik durch, um die Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Oxfort ließ durch die bürgerliche Presse Schauermitrchen über Aufstands- und Ausbruchsvorbereitungen der politischen Gefangenen verbreiten. Der Genosse Horst Mahler wird wieder einmal zum Rädelsführer ernannt. Die Justizmafia versucht, ihm die "Schuld" für den verschärften Vollzug in die Schuhe zu schieben. Das ist ein jämmerlicher Versuch, die Gefangenen zu spalten, die politischen Gefangenen zu isolieren und eine Programstimmung gegen den Genossen Horst Mahler zu erzeugen. Doch die Gefangenen kennen die Wahrheit. Oxfort hat sich selbst als Lügner entlarvt. Die Kampffront der Gefangenen gewinnt an Breite und Tiefe.

I. liebe Genossen,

nach einer langen Zeit der politischen Selbstisolierung auf Grund enttäuschender Ideale durch die "sozialistische Praxis" in der DDR, meiner ehemaligen Heimat, erfüllt es mich mit großer Freude, das Wort "GENOSSEN" wieder einmal mit gutem Gefühl anwenden zu können. Und daß es für mich nun wieder eine politische Heimat gibt, ist auch der verständnisvollen und geduldigen Kleinarbeit des Genossen Horst Mahler hier in Tegel zu verdanken.

Mein eigenes Beispiel ist bezeichnend für die Wichtigkeit der Agitation. Was wußte ich denn von Horst Mahler, als ich ihn das erste Mal hier sah? Ein ehemaliger Anwalt, der in anarchistischen "Kleinaktionen" eine glänzende Karriere aufgegeben hat. Was wissen denn die meisten Gefangenen hier, was wissen denn die meisten Menschen draußen? Doch auch nicht viel mehr, als ich vormem wußte. Wenn ist denn bekannt, daß Horst Mahler die Sinnlosigkeit des bzw. dieses Einzelkampfes eingesehen hat, daß er eingesehen hat, daß diese Art des Kampfes nur schadet und der Klassenjustiz Nutzen bringt. Wenn ist denn bekannt, daß es unter einer Fülle von kommunistischen Organisationen eine Partei gibt, die die wirklichen Interessen des Proletariats vertritt? Die im Geiste großer deutscher Arbeiterführer, wie Ernst Thälmann, den Kampf konsequent weiterführt? Leider wissen viele nicht, daß die DKP nicht mit der KPD gleichzusetzen ist. Daß die DKP nur ein Werkzeug der DDR-Macht-haber ist und sich selbst das Recht einer proletarischen Partei abgesprochen hat,



weil sie durch die Art ihrer Betätigung den derzeitigen Machthabern bei uns in die Hände spielt. Ihr werdet euch bestimmt auch fragen, wie kommt ein bis jetzt noch Krimineller so plötzlich zu der Einsicht, daß er eigentlich an die Seite der kommunistischen Bewegung gehört? Es liegt einfach mit daran, daß mir hier durch Horst Mahler zum ersten Mal in meinem Leben überzeugend klar gemacht wurde, warum ich überhaupt kriminell werden konnte. Da begann es bei mir einfach zu dümmern. Der Erfolg war, daß ich die Konsequenzen gezogen habe. Meine Meinung und meine Eindrücke, die ich über unseren gemeinsamen Kampf hier drin und draußen an der "Knastmauer" gesammelt habe sind: die

Demonstrationen, die ihr ständig durchführt, zeigen sichtbare Erfolge. Angesichts der wachsenden Solidarität der Gefangenen untereinander und mit Horst Mahler verstummen die "Buhrufen" immer mehr und werden auch selbst zum Nachdenken angeregt. Vornehmlich die Großdemonstration mit ca. 2.500 Genossen hat starken Anklang gefunden.

Großen Anklang hat ebenfalls die Solidarität mit den abgelösten Kollegen aus der Sattlerlei gefunden. Viele beteiligten sich spontan an der aktiven Sammlung für die Kollegen, um ihnen wenigstens teilweise den verlorenen Einkauf zu ersetzen. Ich kann mir vorstellen, daß das Wissen um diese Aktion die Büttel der Justiz in eine regelrechte Wut versetzt. Wir kämpfen hier drin mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Die Freiheit Horst Mahlers liegt auch mir am Herzen. Es darf einfach nicht geschehen, daß dieser vorbildliche Genosse noch 9 lange Jahre hier verbringen soll.

Eine Frage, die wir hier immer wieder hören, ist die: "Warum nur Freiheit für Horst Mahler und die politischen Gefangenen, warum nicht auch Freiheit für uns alle?" Ihr müßt den Gefangenen hier drin unbedingt klar machen, daß sie ja Opfer eines gesellschaftsfeindlichen Systems sind und die Ursachen ihrer Tat nicht in sich selbst zu suchen haben, sondern in diesem System. Man muß ihnen begreiflich machen, daß sie auch selbst etwas dagegen tun müssen, aktiv dazu beitragen müssen, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Denn mit der Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeit, verschwindet auch die Notwendigkeit, auf kriminelle Weise bestimmte Bedürfnisse zu befrie-

digen. Die zweite Frage ist: "Sozialismus, Kommunismus alles schön und gut, aber schauen wir in die UdSSR oder in die DDR - wenn das der eure ist, dann lieber keinen!" Hier muß die Agitation unbedingt sehr stark hinterhaken. Schließlich noch das Problem der RAF. Man schert einfach alles was rot ist, oder sich als dessen bezeichnet, über einen Kamm. Ihr müßt euch in euren Ansprüchen entschieden von den abenteuerten Praktiken der RAF distanzieren. Horst Mahler hat mit seiner Selbstkritik für ein entsprechendes Beispiel gegeben. Was wir auch noch brauchen, sind mehr Arbeiterlieder. Z. B. "Roter Wedding" oder, was jetzt gerade wieder an Aktualität gewinnt, "Spaniens Himmel!" So etwas gibt Kraft, das feuert an und reißt alle mit. Ist es denn nicht möglich, diese Lieder - auch die Internationale - über eure Lautsprecheranlage zu bringen? Die Reden des Genossen Kunzelmann zünden hier sehr stark. Vor allem, wenn er einzelne Beamte persönlich bloßstellt und mit aller Härte angreift. Diese Linie muß in verstärktem Maße fortgesetzt werden. Wenn wir hier erfolgreich neue Sympathisanten gewinnen wollen, kommt uns die Saat des Hasses auf entsprechende Gefängnisbüttel sehr zu gute. Vorwärts im Kampf für die proletarische Revolution! Vorwärts im Kampf für die Freiheit von Horst Mahler und allen politischen Gefangenen.

Schafft weiter Rote Hilfe. Wir hier in Tegel, von euch unterstützt, tun unser Möglichstes.

Mit herzlichen Grüßen

ROTFRONT Helmut

## Polizei praktiziert den Todesschuss in 'Notwehr'

In der ganzen BRD und in Westberlin häufen sich die Polizeiüberfälle mit Gebrauch der Schußwaffen und tödlichem Ausgang.

In München wurde am 24. Nov. ein junger Arbeiter, den die Polizei verdächtigte, ein Auto gestohlen zu haben, als er weglief in "Notwehr" erschossen.

In den letzten 18 Monaten war dies allein in München der 5. Tote, der der Polizeischießwut zum Opfer fiel.

In Köln versteckte sich ein Kollege, der von der Polizei gesucht wurde, vor der Polizei in einem Kleiderschrank. Durch die geschlossene Schranktür jagten die beiden Polizisten 19 Kugeln, bis sie sicher waren, daß sie ihn in "Notwehr" erschossen hatten. Ein paar Tage vorher hatte in einem Kölner Pfandhaus ein Kriminalbeamter bei einem "Routinebesuch" auf einen ihm bekannten Mann das Feuer eröffnet, gleichzeitig verlangte er die Personalien, um zu wissen, wen er da gerade erschößt.

In Bochum hatte der kaufmännische Angestellte Gard Send in einer Kneipe gefeiert und trat den Heimweg an. Vor dem Bochumer Schauspielhaus wird er von hinten von mehreren Männern überfallen, die sofort auf den davonlaufenden Gard Send mit Pistolen schossen, der lebensgefährlich getroffen zusammenbricht. Wer sind diese Gangster? Niemand anders als die berüchtigten Mobilen Einsatzkommandos.

Einen Monat später, am 20. Nov. verfolgte eine Polizeistreife ein Bochumer Auto. Als der Fahrer hielt, wurde er von einem Polizisten durch die geschlossene Scheibe niedergeschossen. Die Staatsanwaltschaft kam dieses Mal nicht zu der Auffassung, daß es "Notwehr" sei, sondern daß sich ein Schuß "gelöst" habe.

3 Städte von vielen - 9 niedergeschossene Menschen von vielen!  
Diese Polizeiüberfälle haben Methode! Sie sind Teil des reaktionären "Programms innere Sicherheit", das nicht nur die Unter-

drückungsapparate des Staates zentralisiert und aufrüstet, sondern durch gezielte Hetze und weitgehend strafgesetzlich ausdrücklich erlaubten Schußwaffengebrauch den Polizisten das zynische Leitmotiv einimpfen - "Im Zweifel schießen". Wo "Zweifel" nicht mehr ausreichen, da stellt die Klassenjustiz zusätzlich den alles sanktionierenden Freibrief der "Notwehr" aus.

Die Rote Hilfe fordert:  
Keine Schußwaffen für die Polizei!  
Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!



## Polizeivandalismus

EINE KOLLEGIN BERICHTET:

Am 17. 10. 75 kam ich wie gewohnt kurz vor 7 Uhr von der Arbeit nach Hause. Welcher Anblick sich mir in einem meiner Zimmer bot, ist kaum zu beschreiben. Ein Schrank war umgestürzt, die Rückwand eingetreten, Scherben von zerschlagenen Blumentöpfen zwischen herumgestreuter Wäsche, Bilder von der Wand gerissen, ein Loch in eine Wand geschlagen, ein Kassettenrecorder zerschmettert usw.

Was war geschehen?

3 Zivilpolizisten waren in die Wohnung gekommen und sagten, sie hätten einen Durchsuchungsbefehl wegen angeblichen "Diebstahl" im Zimmer meines Sohnes. Mein Mann wurde daran gehindert, an der Durchsuchung teilzunehmen. Als die Polizei ihre "Arbeit" beendet hatte, sollte mein Mann ein Protokoll unterschreiben. Als er sich weigerte, weil er vor lauter Aufregung nicht lesen konnte, was darauf stand, bedrohte man ihn, man würde dann die Nachbarn holen, die dies schon unterschreiben würden. So unterschrieb er, ohne zu wissen, was drin stand, Heute wissen wir, daß dort stand, daß bei der Durchsuchung nichts mitgenommen und beschädigt wurde.

Ich war empört über das brutale unrechtmäßige Vorgehen und eilte zum Revier. Ich forderte den Beamten dort auf, sofort mitzukommen und sich den Schaden anzuschauen. Der Polizist meinte, wenn dies stimmt, so könne er doch seinen Kollegen nicht in den Rücken fallen. Nachdem ich bei einer höheren Polizeidienststelle Krawall gemacht habe, kam ein Beamter zur "Besichtigung". Das Fotokommando wurde abgelassen, weil ich vorhatte, die Presse einzuschalten. Als ich Strafanzeige stellen wollte, besaß man die Dreistigkeit, mir einen Blankobogen vorzulegen mit der Bemerkung, ich brauch nur zu unterschreiben, das andere würde man schon eintragen. Und das, nachdem man schon meinen

Mann gezwungen hatte, eine Unterschrift zu geben, obwohl er dazu nicht bereit war! Ich selbst rief in derselben Nacht noch Bild, BZ und andere Zeitungen an, weil ich nach wie vor jemanden haben wollte, der das Chaos fotografierte. Hierbei machte ich eine neue Entdeckung: Diese angeblich unabhängigen Zeitungen waren nicht bereit, mich zu unterstützen. Ich sollte erstmal eine Anzeige stellen und dann würde man sich mit der Polizei in Verbindung setzen. Das hat mir den Rest gegeben!

Auf einen Tip hin rief ich die ROTE HILFE an. Nach kürzester Zeit kam ein Roter Helfer, fotografierte das Zimmer und gab mir die Adresse zu einem Anwalt. Zusammen mit der ROTEN HILFE habe ich jetzt den Kampf aufgenommen, weil ich der Meinung bin, daß dies kein Einzelfall ist und daß ich den Kampf um die Bestrafung solcher Polizisten führen muß, damit sie ihr Unwesen nicht weiter treiben können. Warum habe ich mich an die ROTE HILFE gewandt und welche Erfahrungen habe ich gemacht?

Zunächst war es meine Hilflosigkeit und Wut, als ich merkte, daß ich von der Seite, an die man sich angeblich wenden kann, keine Hilfe erwarten konnte.

Ganz im Gegenteil! Die ROTE HILFE hat sofort praktische Solidarität geleistet. Gelernt habe ich, daß diese Roten Helfer nicht mit denen unter einer Decke stecken, die im anderen Teil Deutschlands die Arbeiter und das ganze Volk genauso unterdrücken, wie wir hier unterdrückt werden! Die ROTE HILFE führt mit mir den Kampf um die Bestrafung der Verantwortlichen und um Ersetzung des Schadens. Gelernt habe ich, daß sich unsere Lage nicht verbessern wird, wenn wir nicht darum kämpfen!

## ROTE HILFE-München-Laim: MIETER: ERSTE ERFOLGE

Seit mehreren Monaten kämpft in München-Laim die Rote Hilfe Initiativgruppe gegen den Mietwucher der "Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft".

Wir berichteten in der November-Ausgabe der RHZ über die Bedingungen, die in diesen Wohnungen herrschen und daß die Mieter sich selbst die Antwort gaben: Die Preise steigen, unsere Wut auch! Jetzt kämpfen wir!

Hier ist der Bericht der Roten Helferin, die als Vertreterin und Kämpferin der Roten Hilfe in die Leitung des Mieterkomitees gewählt wurde über den weiteren Verlauf des Kampfes:

Am 3. Nov. fand eine sehr erfolgreiche Mieterversammlung statt, es waren ca. 90 Mieter anwesend. Es wurde ein Beitrag gehalten zu den Angriffen der GWG auf uns; ein Beitrag zu den Kampfschritten des Mieterkomitees und ein Beitrag der Roten Hilfe warum unterstützt die Rote Hilfe diesen Kampf und der Kampf der Roten Hilfe gegen politische Unterdrückung. Gerade auch an diesem Beitrag bestand sehr großes Interesse. Oft kamen Zwischenrufe wie "Einigkeit macht stark!", "so ist es richtig!". Es wurde u. a. auch ein Brief an den Stadtrat Preißinger (Geschäftsführer bei der GWG) bei nur 1 Gegenstimme angenommen, außerdem wurde von dieser Mieterversammlung beschlossen, die ca. 90 Widerrufe der Einziehungsberechtigung an die GWG zu schicken. Einige Mieter gaben noch auf der Veranstaltung diese Abschnitte dem Mieterkomitee.

Jetzt am letzten Samstag zeigt sich ein erster Erfolg, die GWG ist unter so starkem Druck, daß sie zunächst die Nachzahlungsforderung zurückgestellt hat. Die Mieter spüren jetzt, daß wenn sie zusammenhalten, sie auch etwas erkämpfen können. Ein weiterer Erfolg ist eine Bürgerversammlung, die in Laim durchgeführt worden ist. Hier waren ca. 500 Mieter anwesend, aus-

serdem waren viele Mitglieder des Land- und Bundestages anwesend, u. a. auch Bürgermeister Kronawitter. Das Mieterkomitee trat auf und konnte seine Forderungen propagieren. Keine Nachzahlungen, keine Mieteerhöhung im nächsten Jahr, sofortige Inangriffnahme der notwendigen Reparaturen, das sind die Forderungen der Mieter, die jetzt im Stadtrat diskutiert werden müssen. Zu dieser Stadtratssitzung werden wir natürlich massenhaft mobilisieren.

Die GWG versucht abzuwehren. Seit 20 Jahren gab es an bestimmten Wohnungen in Laim keine Lampen. Einen Tag nach der Protestversammlung hat die GWG jetzt Lampen anbringen lassen. Damit lassen sich die Laimer Mieter aber nicht mehr abspesen.

Das Mieterkomitee hat schon über 300 Dokumentationen verkauft, jetzt wird ein Fordernungskatalog aufgestellt über die Beseitigung bestehender Mißstände, der dann mit einer Protestdelegation von Mietern zur GWG-Verwaltung gebracht wird.

Die Rote Hilfe hat in diesem Kampf 3 neue Mitglieder gewonnen, außerdem neue Käufer der RHZ, die auf jeden Fall als Abonnenten gewonnen werden sollen und als Mitglieder.

In den kommenden Wochen haben wir uns besonders 2 Aufgaben gestellt: Wir wollen die Weihnachtshilfe für die politischen Gefangenen mit den Mietern diskutieren und sie für die aktive Unterstützung gewinnen. Wir wollen zum anderen noch deutlicher machen, daß es in unserem System nur durch den gemeinsamen Kampf gelingt, nicht nur kurzfristig Mieterhöhungen abzuwehren, sondern insgesamt dieses verrottete System der Ausbeutung am Arbeitsplatz und zu Hause, der politischen Unterdrückung durch den Staatsapparat zu beseitigen.

**TASCHENKALENDER 76**  
im Verlag Kämpfende Jugend  
Kalen­der­teil mit über 200 Daten der revolutionären Arbeiterbewegung

150 Seiten Anhang  
Monatsgeschichten  
Tipp für die Arbeit in der Bundeswehr  
32 Seiten Statistik  
Rechtshilfe  
Sportübungen  
revolutionäre Spiele  
Kartaturen  
und vieles mehr

Verlag  
Kämpfende Jugend  
5 Köln 28  
Widdersdorfer Str. 190  
Tel.: 021/5445 88

256 S.  
5,-DM

Verlag des Kommunistischen Jugendverbandes  
Deutschlands KJVD -

**Beitritts­er­klä­rung**

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.  
Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich ..... DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name: .....  
Wohnort: .....  
Straße: .....  
Beruf: .....  
Alter: .....

Unterschrift: .....

Konto-Nr. ool 096 214 Stadtparkasse  
Dortmund.

Einsenden an eins der ROTEN HILFE-BÜROS!

ROTE HILFE ORTSGRUPPE BERLIN - NEUKÖLLN

## Schlägertrupp im Arbeitsamt

Vor kurzem gingen wir mit Kollegen vom Arbeitslosenausschuß zum Arbeitsamt Sonnenallee, um gegen eine "unbefristete Sperrfrist" vorzugehen. Nach Kundgebungen in den Gängen gingen wir hoch zum Direktor. Kaum hatten wir das Zimmer betreten, waren wir von einem Dutzend Abteilungsleitern und Hausdetektiven umringt, die mit gezielten Karatehieben auf uns einschlugen und einen Kollegen heftig würgten. Da wir nur wenige waren, gelang es ihnen, uns in dem Raum einzusperrern, bis die Polizei eintraf.

Wir alle bekamen Hausverbot und eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Dies ist kein Einzelfall, sondern immer häufiger gehen diese Hausdetektive, die dazu eigens eingestellt wurden, gegen Kollegen vor, die sich dagegen wehren, organisiert oder individuell, daß die kapitalistische Krise und das Spar- und Raubprogramm der SPD/FDP-Regierung auf ihrem Rücken ausgetragen wird, die gegen Sperrfristen, monatlanges Warten auf Arbeitslosengeld und "Arbeitsbeschaffungsprogramme" vorgehen.

Jeder Protest soll im Keim erstickt werden. Es soll verhindert werden, was nicht zu verhindern ist, daß immer mehr Menschen erkennen, daß das kapitalistische System ihnen außer Ausbeutung, Unterdrückung und materieller Not nichts zu bieten hat.

Die Rote Hilfe wird gemeinsam mit dem Arbeitslosenausschuß weiter in und vor den Betrieben, im Stadtteil und an den Arbeitsämtern die Kollegen mobilisieren. Wir werden weiter Kundgebungen in und vor den Ämtern abhalten, und dem Senator für Arbeit und Soziales auf die Bude rücken. Gegen die eingeleiteten Strafverfahren setzt die Rote Hilfe auch juristische Unterstützung und kämpft in dem Arbeitslosenausschuß für die Durchsetzung des 9-Punkte Programms gegen Arbeitslosigkeit, für Klassensolidarität zwischen Arbeitern und Arbeitslosen.

Aber die Rote Hilfe zeigt auch auf, daß der Kampf gegen Arbeitslosigkeit zwangsläufig auch ein Kampf für den Sozialismus sein muß, daß der Kapitalismus immer wieder Krisen und Arbeitslosigkeit hervorrufen wird.

## STAMMHEIM:

# PROBELAUF FÜR DIE ENTRECHTUNG DER ANGEKLAGTEN

in Stuttgart-Stammheim wird jetzt seit über 7 Monaten der Prozeß gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe und Gusrun Ensslin durchgeführt. Im Namen des Rechtsstaates wird hier von der herrschenden Klasse der Rechtsstaat eindeutig zu Grabe getragen. Rechtzeitig vor Prozeßbeginn waren die Verteidigerausschlußgesetze durchgepeitscht worden - ihre erste Anwendung erfolgte hier, die Anwälte Groenewold, Croissant und Ströbele wurden zwei Wochen vor Prozeßbeginn ausgeschlossen mit der Begründung, sie hätten ihre Mandanten "begünstigt" - ein Vorwurf, der bisher unbewiesen seit über zwei Jahren erhoben wird, mußte als Begründung für den Ausschluß herhalten. Wenig später wurden die Anwälte Croissant und Ströbele verhaftet und weiter gegen sie Berufsverbotsverfahren eingeleitet. Inzwischen mußten sie wieder freigelassen werden, weil sich die Anschuldingen als vollständig haltlos erwiesen hatten. Im Schnellverfahren wurde gegen den Anwalt Groenewold ein Berufsverbot verhängt. Das Gericht stützte sich dabei auf "Verdächtigungen" der Bundesanwaltschaft. Beweise wurden nicht erhoben - diese Anschuldingen reichten aus. Jetzt wurde RA Plottnitz von der Pflichtverteidigung entbunden, weil er dem Gericht zu agitatorisch aufgetreten ist. Von Anfang an waren in dem Verfahren von Prinzing Zwangsverteidiger eingesetzt worden, die dazu dienen sollen, den Schein des "fairen" Verfahrens aufrechtzuerhalten, aber voll auf der Seite des Staatsapparats stehen und keineswegs die Interessen der Angeklagten als ihrer Mandanten wahrnehmen. Dieses Vorgehen, wie es in Stammheim praktiziert wird, dient als Vorbild für die Klassenjustiz in unserem Land. Bei politischen Prozessen vor beliebigen Amtsgerichten orientiert sich der Richter an den Methoden aus Stammheim: Eigens hergerichtete Gebäude, Zwangsverteidiger, Ausschluß der gewählten Verteidiger, das

ist nach dem Willen der herrschenden Klasse durch Stammheim üblich. Diejenigen Verteidiger, die in politischen Verfahren, bei denen immer häufiger Kommunisten und Klassenbewußte Kollegen angeklagt werden, die Rechte der Angeklagten ernst nehmen und vor Gericht entschieden durchsetzen, sollen ausgeschaltet werden. Deshalb die Änderungen der Gesetze, deshalb auch das kombinierte Vorgehen gegen die Verteidiger: Ausschluß, Einleitung von Ehrengerichtungsverfahren mit dem Ziel des Berufsverbots und Kriminalisierung. In Stuttgart-Stammheim sind die Verteidiger des Vertrauens der Angeklagten in mutiger und richtiger Weise diesen Versuchen, den Abbau der demokratischen Rechte voranzutreiben, entgegengetreten. Deshalb werden ständig neue Drohungen gegen sie ausgestoßen. Die Rechte der Angeklagten sind mit Hilfe des Stammheimer Verfahrens weiter eingeschränkt worden. Die Änderungen der Strafprozeßordnung sehen vor, daß jederzeit die Angeklagten bei "Störungen" ausgeschlossen werden können, ebenfalls bei "selbstverschuldeter" Verhandlungsunfähigkeit. Erklärungen, die nicht "zur Sache" gehören, kann das Gericht, das selbst bestimmt, was zur Sache gehört, jederzeit verbieten. In Stammheim lehnte Prinzing jeden Antrag, die Haftbedingungen zu ändern ab, weil die Angeklagten so gefährlich seien, daß sie ständig isoliert sein müßten. Nachdem die Verteidiger in einem beharrlichen Kampf erzwungen hatten, daß die Angeklagten ärztlich untersucht werden und ihre beschränkte Verhandlungsfähigkeit festgestellt wurde, wurde beschlossen, sie für völlig verhandlungsunfähig zu erklären und ohne sie weiter zu verhandeln. Gebilligt und bestätigt wurde diese Entscheidung, wie auch alle übrigen, vom Bundesgerichtshof, der hier im Wege der "Rechtsschöpfung" die Lücken schließt, die in der Eile übersehen worden sind. Aus der Tatsache, daß die Angeklagten bis zu drei Stunden am Tag an der Verhandlung teilnehmen können und das auch wollen,

schließt das Gericht, daß sie verhandlungsunfähig seien, weil sich sonst das Verfahren zu sehr in die Länge ziehen würde. Wörtlich heißt es: "Auch unter rechtsstaatlichen Verhältnissen kann es einem Angeklagten nicht erlaubt sein, sich gegen seine Aburteilung in einer Weise zur Wehr zu setzen, welche die Durchführung des Verfahrens praktisch verhindert". Diese Verhandlungsunfähigkeit, das ist dann der nächste Schritt, haben die Angeklagten angeblich selbst verschuldet. Denn es sei bekannt, daß sie gefährlich seien und auf ihre Befreiung aus. Wie, das habe man ja bei der Entführung des Westberliner Politikers Lorenz gesehen. Wegen dieser Gefährlichkeit seien auch besondere Haftbedingungen notwendig, die den Behörden aufgezwungen seien. Wenn diese dann die Gesundheit der Angeklagten herabmindern, dann haben sie sich das selbst zuzuschreiben. Der Hungerstreik habe das dann lediglich gesteigert. Hier wird nachträglich eine Rechtfertigung der teilweise unmenschlichen Haftbedingungen, der totalen Isolation, vorgenommen. Als Begründung muß dabei die gegen den Imperialismus gerichtete Gesinnung der Angeklagten herhalten. Eine solche Begründung ist Hohn auf die von der herrschenden Klasse aufgestellten eigenen Ansprüche, es müßten konkrete Beweise für eine Tat vorliegen. Als dieser Beschluß von Prinzing bekanntgegeben wurde und die Verteidiger aus Protest dagegen aus der Verhandlung an diesem Tag auszogen, konnte das Gericht, die Staatsanwaltschaft und die Zwangsverteidiger ohne die Angeklagten und ihre Verteidiger endlich seinen "reibungslosen" Ablauf des Prozesses durchsetzen. Bundesanwalt Wunder sagte an diesem Tag im Gerichtssaal zu Journalisten, daß er am Ende dieses Sitzungstages eigenhändig einige Exemplare der Anklageschriften der Presse übergeben werde, da man endlich zur Sache käme. Innerhalb eines halben Tages wurde dann die Anklage verlesen und man begann mit der Beweisaufnahme. "Störungen" waren ja nicht zu erwarten. Die ersten Polizeizeugen treten auf. Durch eine Panne kommt heraus, daß sie sich auf ihre Aussagen durch vorheriges Lesen ihrer Protokolle und Berichte vorbereiten. An sich darf ein Gericht nur verwerten, was in der Hauptverhandlung gesagt wird, es darf

nicht Berichte aus den Akten zugrundelegen. Deshalb sind überhaupt im Gesetz Zeugen vorgesehen. Der nächste Schritt beim Vorgehen à la Stammheim wäre, auf die Zeugen ganz zu verzichten, weil man die Protokolle ja schon hat. Der bisherige Prozeßverlauf zeigt, wie nach der Meinung der Bourgeoisie in Zukunft politische Prozesse aussehen sollen - wie es heute auch schon teilweise praktiziert wird, siehe den Vietnamprozeß in Köln, die Planung des Öllererprozesses in Lüneburg: Richter, Staatsanwälte und bestellte Zwangsverteidiger sitzen zusammen, Angeklagte und Öffentlichkeit sind ausgeschlossen, Zeugen gekauft oder durch Bericht ebenfalls ersetzbar - eine Situation, wie wir sie aus faschistischen und sozialfaschistischen Ländern sehr gut kennen. Diese Schritte ergreift die Bourgeoisie nicht wegen der Angeklagten im Stammheimer Prozeß. Die RAF war und ist mit ihrer kleinstädtisch-anarchistischen Politik vollkommen isoliert von der Arbeiterklasse und dem Volk. Wenn in dem Gesinnungsurteil gegen Horst Mahler das Gericht feststellte: "Zwar bildeten der Angeklagte und seine Gruppe trotz ihres revolutionären Gebahrens keine ernsthafte Bedrohung für den Bestand des Staates", dann gibt hier die Bourgeoisie zu, daß sie sehr wohl weiß, daß nicht einige Anarchisten diesen Staat gefährden, sondern die Gefahr für ihre Herrschaft von der Arbeiterklasse und ihren revolutionären Organisationen ausgeht. Dagegen richtet sich der Abbau der demokratischen Rechte, um die Politik und das System der Ausbeutung und Unterdrückung aufrechtzuerhalten. Die Schmidt-Regierung muß, um ihre eigenen expansiven Ziele gegenüber den beiden imperialistischen Supermächten durchzusetzen, im Inneren die reaktionäre Formierung vorantreiben. Die Klassenjustiz nimmt dabei, das zeigt ihre ganze Geschichte, eine besondere Rolle ein. Die Arbeiterklasse braucht aber die demokratischen Positionen, um in einem breiten Maß den Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr, für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus führen zu können. Der Hinweis Dimitroffs gilt heute verstärkt: "Als rückhaltlose Anhängerin des aktiven Schutzes des eigenen Volkes und des eigenen Landes vor der faschistischen Versklavung muß die Arbeiterklasse die Frage der Verteidigung ihres Landes aufs engste mit der Forderung nach der Erweiterung der demokratischen Rechte der Arbeiter und Bauern und nach dem Schutz ihrer Lebensinteressen verbinden". Wir müssen und werden die Klassenjustiz an jedem Punkt bekämpfen. Sofortige Einstellung des Verfahrens in Stammheim! Weg mit den Verteidigerausschlußgesetzen! Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes!

## PROZESSNACHRICHTEN

### KLASSENJUSTIZ WILL KUNZELMANN WIEDER HINTER GITTER BRINGEN

Seit der Freikämpfung des Genossen Kunzelmann, Vorsitzender des Landesverband Westberlin der Roten Hilfe, nach 4 1/2 Jahren widerrechtlicher Inhaftierung, unternimmt die bürgerliche Klassenjustiz alle Anstrengungen, um den Genossen erneut hinter Gefängnismauern zu bringen. Am 20. Nov. verurteilte ihn ein Westberliner Schöffengericht wegen "Widerstand und Beleidigung" zu 10 Monaten Gefängnis mit 3-jähriger Bewährung. Da gegen den Genossen Kunzelmann als presserechtlich Verantwortlicher der Roten Hilfe in Westberlin bereits mehrere Ermittlungsverfahren laufen, heißt dieses Urteil nichts anderes, als 10 Monate Gefängnis ohne Bewährung. Horst Mahler, der als Zeuge mit erhobener Faust den Gerichtssaal betrat, sollte in diesem Prozeß darüber aussagen, wie ein Rollkommando des Gefängnisdirektors Glaubrecht in die Zelle von Kunzelmann stürmte und den Genossen über die Gänge schleifte, auf ihn einschlug und ihn schließlich in ein finsternes Loch warf. Die RichterIn ließ den Zeugen nicht zu Wort kommen, stattdessen beschimpfte sie ihn. Sie wollte nur eins: Kunzelmann verurteilen und die Gangstermethoden der Schlüsselknechte nachträglich legitimieren. Dieses Urteil muß fallen!

### LÜBECKER POLIZEI: "FREIHEIT FÜR HORST MAHLER" IST STAATSVERLEUMDUNG

Frühmorgens am 16.10.75 wurde in Lübeck die Wohnung des Landtagskandidaten der KPD bei den schlow.-holsteinischen Landtagswahlen, Eckhardt Kibbel, von Polizei durchsucht, wegen des Verdachts der Staatsverleumdung. Der Rote-Fahne-Freundeskreis hatte Plakate der Roten Hilfe und Wandzeitungen verbreitet, die die sofortige Freilassung von Horst Mahler forderten. Inzwischen sucht die politische Polizei fleißig "weiteres Beweismaterial", womit sie die Verurteilung des "staatsverleumderischen" Genossen zu erreichen suchen. Sie haben wohl Angst vor ihrer eigenen Infamie bekommen, in der Forderung nach "Freiheit für Horst Mahler" bereits eine Staatsverleumdung zu sehen. STRAUSS-GEGNER ZU 1.000 DM VERURTEILT Ein Genosse wurde in Nürnberg wegen leichter Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt nach einem Strafbefehl über 480 DM von dem reaktionären Richter Gärtner zu 1.000 DM verurteilt. Das Verbrechen des Genossen bestand darin, daß der Genosse zusammen mit anderen Kollegen eine Strauß-Landtagshetzrede nicht unwidersprochen lassen sein wollte. Als 2 Zeugen die Wahrheit gegen die Polizeiaussagen stellten, da war es für Gärtner klar: Die Strafe mußte verdoppelt werden, weil der Angeklagte es zugelassen hatte, daß der Prügeleinsatz bezeugt wurde. Den Zeugen kündigte er um das Maß voll zu machen, Meinelprozesse an.

**SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE**

**Wendet Euch an die ROTE HILFE**

Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6 (0221/545352) tägl. 18-19 Uhr  
 Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763)  
 Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mo 17-19  
 OG Köln-Süd: z. Z. erreichbar über Zentrale  
 OG Köln-Ehrenfeld: Gumprechtstr. 6, Mo 19 Uhr  
 Landesvorstand Hessen: Frankfurt, Schleiermacherstr. 40 (0611/495738), Mo u. Mi 17-19, Sa 14-16 Uhr  
 OG Frankfurt, Schleiermacherstr. 40, Mi 20 Uhr  
 Landesvorstand Bayern: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)  
 OG München: Milchstr. 21, Mi 17-19 Uhr  
 OG Augsburg: A-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr 20-22 Uhr  
 OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do 19-30 Uhr  
 Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, (040/392673) Di u. Fr 17-19 Uhr  
 OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt 3, Mi 19 Uhr  
 OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 24, Mi 17.30 - 19 Uhr  
 Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJV), Mi 17.30-19 Uhr  
 Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Badstr. 38 (030/4935012)  
 OG Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi 20-22 Uhr  
 OG Wedding: "Zur stumpfen Ecke", Liebenwalder/Malpaquetstr. Mi 19  
 OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldemarstr., Mi 19.30-22  
 OG Neukölln: "Parkrestaurant", Nogatstr./Kirchhofstr., Mi 19.30  
 Initiative Schöneberg: Leberstr./Müllerstr. (KPD), Mi 19 Uhr  
 Ortsgruppe Stuttgart: Cannstadt, "Neckartal", Wilhelmstr., Fr 20

**SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE**

IMPRESSUM  
 Verantw. f. S. d. Pr. ges.: H. Schmidt  
 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6  
 Hrs.: Zentralvorstand d. ROTEN HILFE  
 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

# Vorwärts mit der ROTEN FAHNE



**Großveranstaltung**  
**20.12.75**  
**RECKLINGHAUSEN**  
**Vestlandhalle**  
**15 Uhr (Einlaß 14\*)**

Stärkt die kommunistische Propaganda-Arbeit! Gegen Revisionismus und Sozialimperialismus!  
 Spender:

## Hamburger Vietnam-Prozess

Im Frühjahr dieses Jahres, wenige Wochen von dem endgültigen Sieg des Volkes in Vietnam, besaß die CDU in Hamburg die Frechheit, eine Demonstration zur Unterstützung des Faschisten Thieu unter der Hauptparole "Kommunisten raus aus Vietnam" anzukündigen. Die Empörung darüber war sehr groß. Als zu Beginn der Demonstration Sprechchöre gegen die Unterstützung des Thieu Regimes durch die BRD-Regierung gerufen wurden, prägeln das Massenaufgebot der Polizei unter dem Mäntelchen "des Schutzes der Demonstrationsfreiheit" wild drauf los. Heute finden täglich Prozesse gegen die damals festgenommenen Antimperialisten statt, u. a. gegen die Genossin der Roten Hilfe, Renate Biehl. Dort sagte einer der Polizeizeugen auf die Frage, ob er auch auf Befehl eine Demonstration der Nazis mit dem Knüppel in der Hand schützen würde: "Ja, wenn ich den Befehl dazu erhalten würde." Freispruch für die angeklagten Antimperialisten in den Hamburger Vietnamprozessen!

## Die revolutionäre Presse in die Gefängnisse Jahresabonnement

Hiermit abonniere ich  
 .....  
 Adresse: .....  
 .....  
 für den Gefangenen.....  
 ein Jahresabonnement  
 der folgenden Zeitungen:  
 o ROTE HILFE

- o ROTE FAHNE
- o KÄMPFENDE JUGEND
- o DEM VOLKE DIENEN
- o INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
- o PEKING RUNDSCHAU
- o ALBANIEN HEUTE
- o CHINA IM BILD
- Bestellungen an ROTE HILFE  
 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

## Schallplatte

# Horst Mahler Lied Denis & Genossen in Haft! VSK Köln

Drum haltet stand, Genossen in Haft!  
 Die Kämpfe der Völker geben euch Kraft.  
 Wie mächtig der Feind auch immer sei,  
 Genossen in Haft, wir kämpfen euch frei!  
 (Refrain)

Blutiger Terror im Andenstaat  
 Tausende hinter Stacheldraht  
 Doch Tausende bauten den Widerstand auf  
 Den Kampf des Volkes hält niemand auf!

In Spanien haben die Mörder geschossen  
 Die Kugeln trafen die besten Genossen  
 Das Volk, es schreit ihr Francofaschisten!  
 Die Gewalt der Massen wird euch vernichten!

besetzt/ Aus eigener Kraft hat nach langer Zeit/ Das Volk sich selbst und die Gefangenen befreit.

Aus der ruhmreichen Sowjetmacht  
 Haben sie heute ein Zuchthaus gemacht  
 Die neuen Zaren der Sowjetunion  
 Ihr Grab ist geschaufelt, das Volk wird nicht ruhn.

Was ihr auch unseren Brüdern getan  
 Von Chile bis nach Vietnam  
 Kapitalisten, Tiger aus Papier  
 Die letzte Schlacht gewinnen wir!

Preis 6 DM  
 zu beziehen über:  
 Rote Hilfe  
 5 Köln 30  
 Gumprechtstr. 6

# Teilerfolge gegen die Klassenjustiz

## KÖLNER VIETNAM PROZESS

Im Kölner Vietnam-Prozess sind die Urteile gefällt: drei Genossen wurden zu 8 Monaten mit Bewährung, andere zu 7 und 6 Monaten, einer zu einer Geldstrafe verurteilt und zwei Genossen wurden freigesprochen. Gegenüber dem Urteil in der ersten Instanz (insgesamt 72 Monate größten teils ohne Bewährung) und dem Antrag der Staatsanwaltschaft sind diese Urteile ein Teilerfolg im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz.

Die Tatsache der Siege der indochinesischen Völker und des Niedergangs des USA-Imperialismus waren nicht vom Tisch zu wischen. Das Gericht mußte vom "gerechtfertigten Anliegen" der Angeklagten sprechen, daß "Demonstrationen auch dieser Art und Weise (wie im Dezember 1972) zur Beendigung des Krieges beigetragen haben". Um jedoch ihr Urteil zu rechtfertigen, behauptete es in ihrer Begründung plötzlich, daß "diese Demonstration keinen unmittelbaren Einfluß" auf die Kriegspolitik des USA-Imperialismus gehabt hätte.

Damit zeigt sich, daß es die bürgerliche Klassenjustiz niemals zulassen wird, daß die Volksmassen sich das Recht nehmen, in ihrer Weise zu protestieren, wie das bei der damaligen Demonstration geschehen ist.

Aber das Urteil beweist: wir müssen und können den Kampf gegen die Klassenjustiz offensiv führen! Die Bourgeoisie und ihre Klassenjustiz sind historisch in der Defensive!

Die Angeklagten und das Komitee "Freispruch für alle Angeklagten im Kölner Vietnam-Prozess" dankt an dieser Stelle allen, die sich solidarisierten und den Kampf mit Geldspenden unterstützten. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Deshalb muß es weiter heißen: Gemeinsam sind wir stark! Freispruch für alle Angeklagten im Kölner Vietnam-Prozess!

## HIROHITO-PROZESS

Durch den mutigen Kampf der Angeklagten und ihrer Verteidiger vor Gericht, durch die Unterstützung aus dem während der 35 Verhandlungstagen gefüllten Zuschauerraum, durch die beständige Entlarvung des Gerichts und die Propagierung des Kampfes der Angeklagten unter der Bonner Bevölkerung und durch den hohen Bekanntheitsgrad des Prozesses in der bürgerlichen Lokalpresse sind der Klassenjustiz im Bonner Hirohito-Prozess die geplanten hohen Gefängnisstrafen aus der Hand geschlagen worden. Das Gericht mußte feststellen: Der Einsatz der Polizei gegen die Demonstration anlässlich des Besuchs des japanischen Kaisers Hirohito im Jahre 1971 war rechtswidrig. Es wird als "wahr unterstellt", daß die Angeklagten dies bei dem Polizeiberfall wußten.

Freispruch also? Nein, die Logik der Klassenjustiz ist: "Landfriedensbruch" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" begeh auch der, der sich gegen rechtswidrige Polizeimaßnahmen zur Wehr setzt. Das Urteil: drei Gefängnisstrafen von 3 Monaten auf Bewährung, eine Verurteilung ohne Schuldspruch und 2 Freisprüche, bestätigt, was die Justiz seit hundert Jahren auszeichnet: Antifaschisten und Kommunisten, Kämpfer für die Interessen des Volkes bekommen unter der Herrschaft des Imperialismus niemals Recht. Bei allen Teilerfolgen wie im Hirohito-Prozess, Recht erhalten die Ausgebeuteten und Unterdrückten erst dann, wenn sie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei selbst die Staatsgewalt in Händen haben, wenn die Arbeiter über die Ausbeuter und ihre Wachhunde zu Gericht sitzen werden.

Wie ungewöhnlich dieses Verfahren ist, zeigt sich auch daran, in welchem Ausmaß hier versucht wurde, die Zeugen zu Angeklagten zu machen" und "Sämtliche Angeklagten haben durch ihr Verhalten im Prozess bewiesen, daß sie schon morgen ihre Straftat von 1971 wiederholen würden. Zur Verteidigung des Rechtsstaats muß daher von einer Strafaussetzung zur Bewährung abgesehen werden." Mit solchen Worten versuchte der Staatsanwalt die angeklagten Genossen als gefährliche Rechtsbrecher hinzustellen. Aber er hatte es schwer, der Herr Staatsanwalt. Während des 6 Monate langen Prozesses hatten nicht die Angeklagten, sondern die Polizeizeugen im Kreuzfeuer der Fragen gestanden. Ihre Aussagen sollten laut Anklageschrift beweisen, daß die Angeklagten 1971 "in einem besonders schweren Fall den Landfrieden brachen", als sie gegen den Besuch des japanischen Kaisers Hirohito in der BRD demonstrierten. Hirohito, der mitverantwortlich für den japanischen Faschismus vor 1945 war, sich mit Hitler verbündete, Kenntnis von den Massenmorden seiner Armee in China und anderen Ländern hatte, war in Bonn mit dem Ruf empfangen worden "Hirohito ist ein Kriegsverbrecher und Faschist". Die Bonner Polizei versuchte durch brutalen Knüppel- und Wasserwerfer-Einsatz die genehmigte Demonstration aufzulösen. Sie lockte die Demonstranten in eine schmale Straße, nach der "Leberwursttaktik" droste sich dann von vorne und hinten auf die Demonstranten und Passanten ein. Selbst der Köln-Bonner "Express" mußte in einer Schlagzeile feststellen "Ein Polizeistaatsbesuch".

Im Prozess wollten Staatsanwaltschaft und das extra eingesetzte Sondergericht unter Vorsitz des Kommunistenjüngers Richter Hasse nun die Tatsachen auf den Kopf stellen. Die Polizeizeugen wurden von ihnen wie rohe Eier behandelt. Sie durften "Gewalttätigkeiten der Demonstranten" zusammenfügen und an gefährlichen Stellen der Aussage die Erinnerung verlieren. Wurden ihre Aussagen durch die Fragen der Verteidiger aus den Angeln gehoben, unterbrach der Richter flugs die Verhandlung. Alltägliche Methoden der Klassenjustiz.

## "POLIZEIÜBERFALL RECHTSWIDRIG" DEMONSTRANTEN VERURTEILT

Haben die Angeklagten die Urteile der "Milde des Gerichts zu verdanken" - wie die bürgerliche Presse schrieb? Keineswegs. Vielmehr wurde das Gericht so in die Enge getrieben, daß es mit höheren Strafen mehr Empörung und Widerstand als abschreckende Wirkung erzielt hätte. Nach jedem Verhandlungstag berichteten die Genossen die Bonner Bevölkerung vom Prozeßverlauf. Die Lokalpresse mußte verbreiten, daß 1971 junge Polizisten den Einsatz verweigert hatten, daß hohe - Inzwischen pensionierte - Polizeioffiziere vor Gericht erklärten: "Ich hielt die Auflösung für falsch", daß der Bonner Polizeipräsident eigene einen Prozeßbeobachter geschickt hatte, der u. a. den ehemaligen Bonner Polizeipräsidenten vor seiner Zeugnisaussage präparierte. All dies kam durch die hartnäckigen Fragen der Verteidiger Wächter, Crummenerl, Böhm und Kochalsen und den Kampf der Angeklagten zutage, die sich auch durch mehr als 50 Tage Ordnungsstrafe nicht einschüchtern ließen. Es gelang den Verteidigern in stundenlange Vernehmungen, Willkür und Lüge in den Aussagen der Hauptbelastungszeugen ans Licht zu bringen. Es gelang auch, das "Patentrezept" des Sondergerichts zu durchkreuzen: dieses Gericht wollte den Polizeieinsatz dadurch rechtfertigen, daß es ihn "zum Schutze eines ausländischen Staatsoberhauptes aus völkerrechtlichen Gründen" für berechtigt hielt. Das Völkerrecht sollte die Völkermörder Hirohito und die Bonner Polizeischützen, die Angeklagten sollten gegen das Völkerrecht verstoßen haben! So ist a das "Völkerrecht" in der Hand der bürgerlichen Klassenjustiz und aller imperialistischen Gerichte ein Instrument gegen die Interessen der Völker, sein Name reine Heuchelei. Als "anerkannten Völkerrechtler" führte das Sondergericht für sich Professor Dahm aus Kiel ins Feld - einen Faschisten der für die Ausarbeitung von Hitlers nationalsozialistischem Strafrecht verantwortlich zeichnete. Doch die angeklagten Genossen wiesen nach, daß derselbe Professor Dahm 1937 von einem internationalen antifaschistischen Gerichtshof wegen Verstoß gegen das Völkerrecht verurteilt worden war. Das Bonner Sondergericht wagte es nicht mehr, vor vollbesetzten Zuschauer- und Pressebänken seine infame "Rechts"-Konstruktionen im Urteil fortzusetzen. Während des gesamten Prozesses praktizierte das Gericht Methoden, die Angeklagte und Zuhörer mehrmals zum Zwischenruf "Das ist ja wie bei Freisler!" veranlaßte. Allein solche Rufe wurden mit 7 Tagen Ordnungshaft bestraft.

Aber das Urteil beweist, daß es richtig war trotz allerschärfster Methoden nie den Kauf aufzugeben und zurückzustecken, daß die Klassenjustiz kein programmierter Roboter ist. Daß mit der Einsetzung des Sondergerichts von vorneherein ein abschreckendes Urteil festgesetzt war, haben die Angeklagten anhand des gerichtlichen Vorgehens immer wieder nachweisen können, genauso wie sie den Nachweis erbrachten, daß die Solidarität der Volksmassen, die Mobilisierung zur Spende und zum Prozeßbesuch, ein überzeugender und unerbittlicher Kampf im Gerichtssaal, das Ausnutzen auch der kleinsten Widersprüche unter den verschiedenen Organen des "Rechtsstaats" und im Justizbereich selbst die Waffe sind, um der scheinbaren Übermacht der Klassenjustiz erfolgreich zu begegnen. 4 Genossen wurden verurteilt, mindestens 60.000,- DM Kosten sind ihnen zu ihrer existentiellen Vernichtung auferlegt worden, die nur durch die Solidarität aller Antimperialisten und Antifaschisten aufgebunden werden können - trotz Verurteilung, die die Menschen wurden für die Sache des gewonnenen.

SPENDE FÜR DIE PROZESS KOSTEN  
 auf das Konto der Roten Hilfe  
 Kennwort: Hirohito-Prozess  
 Stadtparkasse Dortmund  
 Konto Nr.: 001 096 214